

Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat der Stadt Weinstadt am 09.02.2012 anlässlich der Verabschiedung des Haushaltplans für das Haushaltsjahr 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Deißler,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung
sehr geehrte Damen und Herren,

der Gemeinderat der Stadt Weinstadt hat heute den Haushaltsplan 2012 zu verabschieden. Auch wenn sich im Vollzug des Haushaltes manches vermutlich dann doch etwas anders entwickelt, als geplant und erwartet – dies hat ja gerade das vergangene Jahr erneut deutlich gezeigt - so ist doch eines nicht zu bestreiten: Wie in den vergangenen Jahren sind auch mit diesem Haushaltsplan wichtige Weichenstellungen für die künftige Entwicklung und damit für die Zukunftsperspektiven unserer Stadt verbunden.

Im Namen unserer Fraktion darf Ich Ihnen die Vorstellungen, Wünsche und Anträge zum Haushalt 2012 vortragen. Zu Beginn möchte ich mich bei allen, die an der Aufstellung des Haushaltentwurfs mitgewirkt haben, bedanken.

Die Zahlen im vorliegenden Entwurf präsentieren sich zu unserer Erleichterung erfreulicher als zuerst angenommen wurde. Allerdings ist die finanzielle Lage der Stadt Weinstadt weiterhin alles andere als rosig. Auch in 2012 wird es trotz sprudelnder Einnahmen und derzeit noch boomender Wirtschaftslage leider nicht möglich sein, eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt zu erwirtschaften. Stattdessen wird der Verwaltungshaushalt nach dem vorliegenden Planentwurf mit einem Defizit von 1,7 Millionen Euro abschließen.

Dieses Defizit lässt sich nur durch Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt, Entnahmen aus den Rücklagen sowie durch Kredite, d. h. im Ergebnis neue Schulden, decken. Auch in den folgenden Jahren 2013 und 2014 werden die Tilgungen dieser und aller bislang aufgelaufener Schulden nicht aus dem laufenden Betrieb erwirtschaftet werden. Dies ist außerordentlich bedauerlich und zwingt aus Sicht der Freien Wähler den Gemeinderat und die Stadtverwaltung dazu, im Verwaltungshaushalt weitere Ausgabensteigerungen auf das Allernotwendigste zu beschränken und alle Potentiale zu nutzen, um Ausgaben zu senken. Denn die Erfahrung der letzten vierzig Jahre hat eines sehr deutlich gezeigt: Die Schulden der öffentlichen Haushalte, des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Sozialversicherungen sind nicht deshalb kontinuierlich gestiegen, weil inflationsbereinigt die Ausgaben gleich geblieben und die

Einnahmen zurückgegangen sind, sondern umgekehrt selbst inflationsbereinigt die Ausgaben weitaus schneller gestiegen sind als die Einnahmen.

Ich prophezeie, dass auch hier in Weinstadt jede weitere Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben keineswegs schneller zur Konsolidierung des Weinstädter Haushaltes führen wird. Stattdessen wird jede weitere Steuererhöhung das paradoxe Ergebnis einer weiteren Erhöhung des Schuldenstandes bedeuten, weil innerhalb und außerhalb des Gemeinderates mit Verweis auf die höheren Einnahmen von der Stadt gefordert werden wird, für neue Projekte und Leistungen der Stadt erhöhte oder zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach neuen Einnahmen wird also gefordert werden, neue Ausgaben zu produzieren.

Wir hier im Gemeinderat sollten uns verweigern, auf Kosten zukünftiger Generationen neue Schulden zu produzieren, nur um neue Ausgaben für Projekte und Leistungen finanzieren zu können, die von bestimmten Interessen- und Wählergruppen gefordert und für unbedingt notwendig erachtet werden. Interessen- und Wählergruppen im Übrigen, die selbst am meisten von den Projekten und zusätzlichen Leistungen profitieren, deren Finanzierung durch neue Schulden sie einfordern.

Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie müssen auch wir hier vor Ort in Weinstadt einen effektiven Beitrag zum weiteren und zugleich wirtschaftlich vernünftigen Ausbau der erneuerbaren Energien leisten. Da wir ja zwischenzeitlich auf den Dächern fast aller städtischen Immobilien Photovoltaik-Anlagen installiert haben, müssen auch wir hier in Weinstadt unser Augenmerk auf den Ausbau der Windenergie wenden. Da die Novellierung des Landesplanungsgesetzes die planungsrechtlichen Möglichkeiten, Windkrafträder und ganze Windparks aufzustellen bzw. einzurichten, neu regelt und nach jetzigem Sachstand deutlich erweitert, muss aus Sicht der Freien Wähler zeitnah und vorurteilsfrei geprüft werden, ob und wo auf der Weinstädter Gemarkung Windräder aufgestellt werden können.

Theoretisch und mit Blick auf die neusten Untersuchungen, wo die Aufstellung von Windkrafträdern wirtschaftlich sinnvoll ist, bieten sich ja in Weinstadt mehrere Standorte an. Von Seiten des Umweltministeriums wird ja, wie man informell bereits aus Stuttgart hört, die Ansiedlung eines Windparks mit bis zu zwanzig Windrändern auf dem Schönbühl für denkbar bzw. wünschenswert erachtet. Ebenso die Ansiedlung von Windparks im Bereich der westlichen Schurwaldhöhen. Dennoch muss jeder Standort kritisch und mit Weitblick vom Gemeinderat durchdacht werden.

Kinder und Familien

Die Kinder und Familienfreundlichkeit unserer Stadt ist auch für die Freien Wähler von hoher Bedeutung. Dies lässt sich unter anderem mit dem neu geplanten Kinderhaus in Benzach so wie in Großheppach bei der Grundschule garantieren. Diese Einrichtungen sollen eine Hilfe für junge Familien sein. Wir sollten aber auch nicht verschweigen, dass die beste Erziehungsarbeit immer noch Daheim im Elternhaus geleistet werden kann.

Schulen

Sollte die beschlossene Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung dazu führen, dass am Remstal-Gymnasium und an der Realschule die Anmeldezahlen deutlich steigen werden, ist es aus Sicht der Freien Wähler vermutlich unumgänglich, zeitnah zu prüfen, ob und in welchem Umfang bauliche Maßnahmen zur Erweiterung der Räumlichkeiten am Bildungszentrum notwendig und machbar sind – und hierfür Haushaltsmittel für Planung und Umsetzung bereitzustellen.

Sollten außerdem die derzeitig begonnenen Modellversuche in diesem Bereich dazu führen, dass flächendeckend an Baden-Württembergischen Gymnasien wieder die Möglichkeit besteht, statt in acht Jahren (G8) in neun Jahren (G9) das Abitur zu erlangen, wird dies eventuell auch in Weinstadt dazu führen, dass zu Lasten der Realschule sowie der beruflichen Gymnasien in der näheren Umgebung die Schülerzahlen am Remstal-Gymnasien steigen. Auch in diesem Falle ist aus Sicht der Freien Wähler sehr zeitnah zu prüfen, ob aufgrund höherer Schülerzahlen eine bauliche Erweiterung des Gymnasiums notwendig wird. Die Fraktion der Freien Wähler hat ja schon vor Jahren für einen Neubau statt der Aufstellung von Schulcontainern plädiert.

Schulsozialarbeit am Bildungszentrum

Den Antrag der Verwaltung um Aufstockung der Schulsozialarbeit werden wir mittragen. Insofern die Verwaltung die Arbeitsverträge befristet und auch der Zuschuss von der Landesförderung zugesagt wird. Die Arbeit der Schulsozialarbeiter in Prävention, Beratungen und Unterstützung bei sozialen Schwierigkeiten wird sehr gut angenommen und ist von den Schülern und Lehrern hoch geschätzt. Sie ist zum festen Bestandteil der Bildungslandschaft geworden, und leistet einen wichtigen Beitrag für ein gutes Bildungsklima. Mit den momentanen Personalressourcen können die Konflikte nicht mehr zeitnah gelöst werden. Lange Wartezeiten sind für Einzelhilfe keine Seltenheit.

Personaletat

Dem vorgeschlagenen Entwurf des Personaletats stimmen die Freien Wähler zu. Die befristete Aufstockung des Personals im Bauamt um eine Personalstelle (1 AK) für einen Zeitraum von 2 Jahren halten wir für notwendig, damit die hier anfallenden Arbeiten fristgerecht erledigt werden können.

Jugendgemeinderat

Nachdem die Vorschläge der entsprechenden Arbeitsgruppe auf positive Resonanz von Seiten der Schulen und der Jugend gestoßen sind, muss hier unseres Erachtens nun eine schnelle Umsetzung erfolgen.

Zum Radweg Schwesternschaft:

Die Schwesternschaft Großheppach möchte sich vergrößern, dabei stört sie der bestehende Radweg. Der neue Radweg soll an die Böschung verlegt werden - auf Gelände, das die Stadt erst erwerben müsste. Dazu kommen die Kosten für die Belagsarbeiten. Die Stadt hat jedoch ein Durchfahrtsrecht mit dem bestehenden Radweg. Es kann nicht sein, daß die Stadt die Wünsche der Schwesternschaft finanziert. Deshalb der Antrag der FWW-Fraktion auf Sperrvermerk.

Landschaftspark Rad- und Fußweg Schweizerbach

Beim jetzigen Planungsstand sind sehr viele Baumaßnahmen an den Unterführungen nötig. Um bei den geplanten Unterführungen direkt am Wasser einen Radweg anzulegen, muss viel von den Brückenfüßen (Fundament) abgetragen werden, da der Radweg zwecks ausreichender Durchfahrtshöhe fast auf normaler Wasserstandshöhe liegen muss. Dennoch werden Radfahrer absteigen müssen. Zum Anschluss an den Rems-Radweg wird auch noch eine Brücke über die Rems, sowie eine Möglichkeit zum Unterqueren der Schorndorferstraße und der B29 benötigt. Bei leicht erhöhtem Wasserstand steht der Rad und Fußweg unter Wasser und somit besteht Rutsch Gefahr wegen Schlamm Ablagerung. Durch die vielen Baumaßnahmen an den Unterführungen wird der natürliche Wasserabfluss gehemmt, wo durch sich das Wasser zurückstaut und somit eine Gefahr von Hochwasser für die Anwohner am Bach darstellt. Bei all den vielen Maßnahmen wie oben Beschrieben können wir die Kosten zum jetzigen Zeitpunkt nicht mittragen. Daher wollten wir die Kosten von 89.000€ streichen. Nach neuesten Erkenntnissen im Technischen Ausschuss, dass die Brückenfundamente sowieso für ca. 30.000 € saniert werden müssten, zudem Fördergelder in erheblichem Maße in Aussicht gestellt werden, sind wir nach erneuter Beratung zu der Überzeugung gekommen, daß wir dem Rad- und Fußweg Schweizerbach doch zustimmen können. Auch im Bezug auf die Zusage des Gemeinderats, uns an der Interkommunalen Gartenschau entlang der Rems zu beteiligen, können wir ein solches Projekt befürworten. Aus den eben genannten Gründen ziehen wir unseren Antrag auf Streichung der 89.000 € zurück und hoffen, dass die Verwaltung unsere Bedenken zur allgemeinen Zufriedenheit löst.

Städtischer Immobilienbesitz

Die Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat der Stadt Weinstadt beantragt, dass die Tatsache, dass die Stadt im Baugebiet Benzach V zu den Grundeigentümern gehört, dazu genutzt wird, auf den dortigen städtischen Flächen Immobilieneigentum in Form eines Mehrfamilienhauses zu erstellen / erwerben, um dadurch einen wertmäßigen Ausgleich für den haushaltsbedingt notwendigen Verkauf zahlreicher städtischer Immobilien in den vergangenen Jahren zu schaffen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt nicht zuletzt eine ganze Reihe von Gebäuden, insbesondere auch Wohngebäude in städtischem Besitz veräußert und zum Teil, aufgrund einer stark angespannten Haushaltslage, veräußern müssen. Der Erwerb von neuem Immobilieneigentum wäre unter diesem Gesichtspunkt aus Sicht der Freien Wähler eine wirtschaftlich und kommunalpolitisch außerordentlich sinnvolle Zukunftsinvestition. Eben weil die

Stadt im Baugebiet Benzach bereits selber Grundeigentümer ist, bietet sich für die Stadt die wohl auch auf längere Zeit einmalige Perspektive, auf eigenen Flächen (und damit ohne die Notwendigkeit, hier erst noch mit teurem Geld Grunderwerb zu tätigen) zum Beispiel ein Mehrfamilienhaus zu bauen bzw. bauen zu lassen, um dadurch den eigenen Immobilienbestand und damit das eigene Vermögen mit einer werthaltigen Immobilie nachhaltig zu ergänzen. Auch aus sozialpolitischer Sicht ist es nach Auffassung der Freien Wähler überdies durchaus sinnvoll, neue kommunale Wohnungsbestände im überschaubaren Umfang aufzubauen. Wenn man sowohl die Preise für Bauland als auch die Höhe der Mieten in Weinstadt sowie deren Entwicklung in den vergangenen 10-12 Jahren betrachtet, kann man durchaus mit Fug und Recht feststellen, dass der Wohnungs- und besonders der Mietwohnungsmarkt vergleichsweise angespannt ist. Kommunale Wohnimmobilien bieten die Möglichkeit, auch einkommensschwächeren Familien, Alleinerziehenden und Einzelpersonen qualitativ vergleichsweise guten Wohnraum anzubieten. Wenn die Stadt nun die Möglichkeit hat, im Rahmen der Entwicklung des Baugebietes Benzach V, ein solches Angebot auf eigenen Flächen – und damit kostengünstiger – neu aufzubauen, sollte sie diese Chance nutzen.

Zukunftsentwicklung Weinstadts

Bei einer der letzten Gemeinderatssitzungen haben wir eine Überlegung bzw. Anregung bezüglich des städtischen Status und dessen weiteren Entwicklung eingebracht. Unsere weiteren Überlegungen resultieren aus der Entwicklung des ehemaligen Müllzweckverbandsgeländes. Dieses konnte nicht, wie von unserer Stadt geplant, genutzt werden, weil die Region andere Ansätze sieht. Zwischenzeitlich wissen wir, daß unser damaliger Interessent in Waiblingen investiert und dadurch bei uns zusätzliche Kaufkraft verloren geht. Laut Ihren Ausführungen in Ihrer Neujahrsansprache beim Bürgerempfang, Herr Oberbürgermeister Oswald, haben wir in unserer Stadt eine Kaufkraftbindung von 96% erreicht. Das ist eine überzeugende Leistung von Handel und Gewerbe. Wir haben alles ausgeschöpft, was den Status "Unterzentrum" ermöglicht !

Zwischenzeitlich haben wir Bebauungsplanverfahren laufen, die mit klassischen und herkömmlichen Gewerbenutzungen nur noch wenig gemein haben. Vielmehr werden wir mehrgeschossige Gewerbeflächen auf den Markt bringen, welche dann eine neue Nutzerart beinhalten. Diese Flächen müssen allerdings auch „vermarktbar“ sein! Dazu sehen wir auch die Überlegung unseres Baubürgermeisters, Herrn Deissler, als guten Gedanken an und befürworten es auch, eine weitere Erschließung des Birkelareals sowie der angrenzenden Gebiete mit einer Anbindung direkt auf die B 29 zu erschließen. Wenn wir schon Anlieger einer autobahnähnlichen Trasse werden, so wollen wir doch für unsere Stadt einen kleinen Nutzen sehen! Es ist uns klar, wir müssen in dieser Sache sehr harte Bretter bohren!

Der erhaltene Status „Unterzentrum“ für unsere Stadt war zu der Zeit ein besonderes Merkmal, welches uns zusätzlich als Große Kreisstadt hervorgehoben hat. Es war uns bewußt verliehen worden, um hier im Mittleren Remstal zwischen den beiden Großen Kreisstädten Waiblingen und Schorndorf eine Entwicklung im Sinne einer Großen Kreisstadt mit einer gehobenen Infrastruktur,

zu ermöglichen. Und das wurde auch erreicht! Wir lassen allerdings unsere Nachbarkommunen nicht aus dem Auge, diese haben sich eben so gut entwickelt, mit dem Unterschied, sie haben nicht die Aufwendungen einer Großen Kreisstadt!

Wir verweisen ausdrücklich darauf, dass es der landespolitische Wille Anfang der 70er Jahre war, aus unseren 5 leistungsstarken Teilorten eine Stadt auf Augenhöhe der beiden Nachbarstädte zu erschaffen. Wir wollen eine Stadt mit guten Dienstleistungen sein, aber gleichzeitig muss es möglich sein, dafür das notwendige Geld zu erwirtschaften! Wir sehen deshalb die Auflösung des Notariats als eine Aushöhlung unserer Dienstleistung an, also als eine weitere Einschränkung unserer Stadt. Es sei dazu noch angemerkt: wir haben bis dato sehr viel Geld ausgegeben und weitere Planungen sind bereits auf dem Weg, um die sogenannten „weichen Standortfaktoren“ darzustellen. Wir wollen, daß die Eltern der betreuten Kinder in unserer Stadt arbeiten bzw. arbeiten können.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Oswald, wir möchten Sie bitten, diese weitreichenden Aufgaben zur Chefsache zu erheben. Wir müssen in den Status „Mittelzentrum“ kommen. Wir sehen dieses Thema unabhängig von derzeit angedachten Stadtentwicklungen.

Für die Zukunft müssen wir Schwerpunkte setzen und unsere nach wie vor knappen Mittel gezielt einsetzen, um auch in Zukunft eine gute Finanzpolitik zu gestalten.

Trotz des Willens zum Sparen dürfen gute Ideen und Visionen dennoch in Weinstadt auf keinen Fall ins Hintertreffen geraten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rolf Weller, Vorsitzender der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat der Stadt Weinstadt